Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 11

Artikel: Um das Atomkraftwerk Leibstadt : Petition für ein Bauverbot
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141951

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

denkbar ist. Ein Hinweis auf sechsundzwanzig Jahre des Nichtgebrauchs von Nuklearwaffen ist ein wertvolles Verteidigungs-Argument der USA gegenüber der einzigen Waffe, die uns zerstören kann. Wir müssen wünschen, daß Nuklearwaffen so etwas werden, was biologische Waffen geworden sind — etwas, das Regierungen nicht ernstlich anzuwenden gedenken. Ein solches Meinungsklima kommt aber nicht zustande in einer Welt, in welcher Amerika offen (oder unausgesprochen) mit Nuklearwaffen droht. Erinnern wir uns: In jeder Weltkrise ging die Meldung — oder das Gerücht um, Amerika sei daran, Nuklearwaffen einzusetzen. Nur eine ausgesprochene 'Nicht-als-Erster'-Politik kann solchen Gerüchten ein Ende setzen. Wenn wir nicht selbst erklären, daß wir nicht Nuklearwaffen brauchen werden, so wird die Weltmeinung das Gegenteil behaupten.»

«Atommacht in der Versuchsperiode . . .»

Tschou En-Lai unterstreicht, daß die Volksrepublik nicht als eigentliche Atommacht angesehen werden könne. China befinde sich in einer Versuchsperiode. «Wir produzieren Kernwaffen, weil wir dazu gezwungen sind, das Kernwaffenmonopol zu zerschlagen. Unser Ziel ist aber die Zerstörung sämtlicher bestehender Kernwaffen und ein allgemeines Verbot der Herstellung solcher Waffen. Wir werden niemals die ersten sein, die Kernwaffen einsetzen, und das betonen wir jedesmal, wenn wir einen Kernwaffentest durchführen.» Die Ablehnung des sowjetischen Vorschlags für eine Konferenz der fünf Atommächte begründet Tschou En-Lai mit dem Hinweis, daß die Sowjets damit nur versuchen, den Chinesen die Hände zu binden. Die Volksrepublik China schlägt eine Konferenz über dieses Thema unter Teilnahme aller Staaten der Erde vor.

Tschou En Lai sprach sich ferner für den Abzug aller amerikanischen und sowjetischen Truppen aus dem Ausland aus und betonte, daß sich die Volksrepublik China mit Ausnahme des Korea-Krieges in keinen Krieg eingemischt habe. Eine gewisse Unterstützung an Länder, die Opfer einer Aggression geworden seien, widerspreche ja schließlich nicht den Grundsätzen der Vereinten Nationen.

Aus: «Junge Kirche», Sept. 1971

Um das Atomkraftwerk Leibstadt

Petition für ein Bauverbot

Leibstadt, 12. Nov. (sda) Ein **Komitee gegen das Atomkraftwerk Leibstadt,** dem die Gemeindeammänner von Leuggern und Full-Reuenthal angehören, hat eine **Unterschriftensammlung** gestartet, die zum Ziele hat, ein **Bauverbot für das geplante Atomkraftwerk Leibstadt** im Bezirk

Zurzach zu erwirken. Bundesrat und Regierungsrat des Kantons Aargau werden in einer **Petition** ersucht, «ohne Verzug» die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen. Der Gemeinderat Leibstadt wird aufgefordert, alle Mittel und Wege zur Verhinderung des Baues zu suchen.

In einer den Unterschriftenbogen beigefügten **Broschüre,** die im Auftrag der Gemeinden Leuggern und Full-Reuenthal erstellt worden ist, wird u. a. dargelegt, daß die **Massierung von Großreaktoren** auf engem Raum (Beznau, Leibstadt, Kaiseraugst, Neubreisach, Breisach) zu **unlösbaren Problemen** führe. Die Gefahren der Radioaktivität dürften nicht bagatellisiert werden: Es gebe nur eine radioaktive Strahlendosis, die unschädlich sei, «nämlich die Dosis Null». Forschung und Technik hätten genügend Zeit, bessere Energiequellen zu schaffen. In absehbarer Zeit werde es möglich sein, die unsauberen Kernspaltungsreaktoren durch saubere Kernfusionsreaktoren zu ersetzen. (NZZ, 14. Nov. 71)

Gerechte Handelsbeziehungen — wirksamer als Entwicklungshilfe

(Kurzreferat, gehalten an der Jahresversammlung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. Schweiz. Zweig. 31. Oktober 1971)

Wir sprechen von bilateraler und von multilateraler Hilfe. Die Geber ziehen die bilaterale Hilfe vor (für ein bestimmtes Land), während die Empfänger der multilateralen den Vorzug geben. Warum? Wenn wir an unsere privaten Hilfswerke denken (Helvetas, HEKS usw.), in deren Berichten wir über durchgeführte Projekte lesen können, ist es begreiflich, daß diese Art Hilfe Anklang findet, gibt sie doch auch einigermaßen Einblick «was mit unserem Geld geschieht». Doch wenn es sich um staatliche Gelder handelt, sollte die Hilfe in vermehrtem Maße multilateral sein, das heißt, die Mittel sollten den großen internationalen Organisationen zugestellt werden, denn nur sie haben die Übersicht und können so Doppelspurigkeiten vermeiden. Viele Staaten ziehen aber vor, bilaterale Hilfe zu geben, weil sie ihre eigenen Bedingungen daran knüpfen wollen, wodurch die Hilfe g e b u n d e n wird und für den Empfänger weniger wertvoll ist. So wird er etwa gezwungen, für den Gegenwert gewisse Waren im Geberland zu kaufen, die bis zu zwanzig Prozent über dem Weltmarktpreis stehen können.

Eine andere notwendige Analyse der Hilfe bezieht sich auf die Herkunft der Gelder in unserem Land. Es wird da vor allem von öffentlicher und von privater Hilfe gesprochen, und wir hören, daß unser Land in der öffentlichen Hilfe ganz am Schluß steht, während es in der privaten Hilfe gelegentlich — zum Beispiel 1968 — zu den ersten gehörte. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, damit seien die schweizerischen privaten Hilfswerke